

Friedrichstraße muss Fußgängerzone werden!



Das Magazin "Geo" hat die Friedrichstraße, die 2007 als Fußgängerzone eröffnet wurde, in einem Ranking unter die zehn attraktivsten deutschen Flaniermeilen aufgenommen. Zu Recht, wie der BBB meint, denn hier bemühen sich die Geschäftsleute engagiert und erfolgreich um ein gutes Angebot und ein attraktives Ambiente. Umso unverständlicher ist, dass die rot-grüne Fahrradlobby weiter die Fußgänger durch den Fahrradverkehr belästigen lässt. Nachdem auf der Oxfordstraße die Umweltschritte markiert und der Auto-Verkehr dafür um eine Fahrspur reduziert worden ist, fordert der BBB eine Sperrung der Friedrichstraße für Radfahrer. Für Fußgänger, die in der Friedrichstraße entspannt bummeln wollen, würden sich damit die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl deutlich erhöhen. Immer wieder klagen sie über Radfahrer, die nicht im vorgeschriebenen Schritttempo sondern mit hoher Geschwindigkeit im Zickzack-Kurs um die Fußgänger kurven.



Endlich habe ich mal Erfreuliches zu berichten. Mehrmals blockierten Anhänger der sich so bezeichnenden letzten Generation in den vergangenen Monaten ungestraft Bonner Fahrradwege. Dabei galt die Ansage der Polizei: Wer sich festklebt, muss mit Konsequenzen rechnen. Dazu gehören Feststellung der Personalien und je nach Tatbestand Strafanzeige wegen des Verdachts der Nötigung, des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und der Durchführung einer Versammlung ohne Anzeige oder Ausnahmegenehmigung. Am Donnerstag, 15. Juni, war dann für die Bonner Polizei endlich Schluss mit Lustig. Am letzten Tag zur Vorbereitung der Weltklimakonferenz wollten wieder sieben tapfere Kleberlein die Straße blockieren.

Die Polizei war schnell vor Ort, die Blockade schnell aufgehoben. Und alle Sieben kutschierten mit uniformiertem Chauffeur in einem Gefangenentransporter ins Bonner Amtsgericht, wo ein Richter anordnete, dass sie die nächsten 24 Stunden im Polizeipräsidium Ramersdorf in Gewahrsam verbringen durften. Die Botschaft von Polizei und Justiz war deutlich: Wer sich auf die Straße klebt, um so Autofahrer zu terrorisieren, muss mit Strafe rechnen. Das führte bei den eben noch beinharten „Aktivisten“ zu großem Jammern, und sie klagten, diese Maßnahme sei doch "völlig überzogen". Und sie riefen in ihrer Not nach geistlichem Beistand, der ihnen durch eine - wie hätte es auch anders sein können - Pfarrerin geleistet wurde. Von der Bevölkerung erhält diese Truppe längst keinen Beistand mehr und der Kirche laufen auch ob solcher Beistandsleistungen jährlich Hunderttausende davon. Laut einer Forsa-Umfrage haben nur 20% der Deutschen Verständnis für diese Art von Protestaktionen. Nur unter den schrumpfenden Anhängern der Grünen finden sie mit 52% noch mehrheitlich Zustimmung. Während die Letzten lieber Kleben gehen, hält es die Mehrheit mit mir für wichtiger, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und zuzulangen, so wie ich es in jüngeren Jahren mit der Gruppe Geier Sturzflug und deren Song „Bruttosozialprodukt“ besungen habe:

„Wenn früh am Morgen die Werksirene dröhnt
Und die Stechuhr beim Stechen lustvoll stöhnt
In der Montagehalle die Neonsonne strahlt
Und der Gabelstaplerführer mit der Stapelgabel prahlt
Ja, dann wird wieder in die Hände gespuckt
Wir steigern das Bruttosozialprodukt.
Ja, ja, ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt
Wir steigern das Bruttosozialprodukt.“

Und nicht durch den Kauf von Klebstoff, das meint

Euer Rabe Cleverle

Ist ihnen Bonn nicht attraktiv genug?

Nicht mittendrin in Bonn, wo sie ihr Geld verdienen, leben sie. Stattdessen machen sie sich nach Dienstschluss auf und davon. Gemeint sind die Spitzenbeamten der Stadtverwaltung, die sich wie Stadtdirektor Wolfgang Fuchs und Beigeordnete Carolin Krause dann auf den Weg nach Köln machen oder wie der Strippenzieher der Bonner "Verkehrswende", Planungsdezernent Helmut Wiesner nach Brühl. Zu Zeiten der Bundeshauptstadt Bonn war es selbstverständlich, dass in Bonn nur gewählt wurde, wer auch versprach, Bonner zu werden. Das wollte der BBB wieder erreichen und kritisiert, dass diese Pendler die Ergebnisse ihrer Arbeit im Alltag gar nicht erleben und auch aus ihren Familien keine Resonanz dazu vernehmen können. Nur wer in "seiner" Stadt auch lebt, so der BBB, wird in ihr heimisch und erfährt, wo die Bewohner der Schuh drückt.

FDP bei Anwohnern abgeblitzt:

Coburger Straße bleibt Coburger Straße



Auch der dritte Anlauf der FDP, eine Straße in Bonn nach Guido Westerwelle zu benennen, ist gescheitert. Die Bonner Bezirksvertretung war ohne eine an sich gebotene und in Bonn bis dahin immer selbstverständliche Anhörung der Anwohner geradezu überfallartig einem entsprechenden Antrag der FDP gefolgt, die Coburger Straße im Regierungsviertel nach dem ehemaligen FDP-Minister umzubenennen und gleichzeitig als eine "Allee" zu adeln. Dagegen wehrten sich die Betroffenen in einem Bürgerantrag, den alle 60 Anlieger unterzeichnet hatten: "Wir würden uns sehr freuen, wenn unsere kleine Allee die Coburger Straße bleibt." Da bekamen es die Bezirkspolitiker mit der Angst zu tun und hoben ihren Beschluss wieder auf.

Zu guter Letzt

Dem schließen wir uns an:

"Und wir haben nicht den Eindruck, dass der bei der Stadtverwaltung vorhandene Sachverstand so ausgeprägt ist, dass er nicht noch steigerbar wäre."

Michael Kranz, ehemaliges Vorstandsmitglied der Sparkasse KölnBonn, Vize-Vorsitzender von Haus und Grund Bonn auf dessen Mitgliederversammlung 2022.



An alle Bonner Haushalte

Allein Außenanlage der Beethovenhalle Bonn soll 8,7 Mio. Euro kosten



Nun soll auch die Außenanlage der Beethovenhalle denkmalgerecht und nicht nur verkehrssicher, wie ursprünglich beschlossen, hergerichtet werden. Links-Grün lässt sich das mindestens 8,7 Mio. Euro kosten. Neben neuen Plattenbelägen, Mauern und Treppen soll der Brunnen wiederhergestellt werden, der schon Mitte der 70er Jahre außer Betrieb gesetzt wurde. Auch der Parkplatz wird komplett erneuert und die Zahl der Stellplätze soll reduziert werden. Parkplätze reduzieren, Kosten multiplizieren - dieser Politik von Links-Grün stimmte der BBB im Rat nicht zu.

Gesamtkosten bei 221,6 Mio. Euro

Aktuell liegen die Gesamtkosten der Sanierung der Beethovenhalle bei 221,6 Mio. Euro und somit 294 % über der ursprünglich Mitte 2015 beim Sanierungsbeschluss genannten Bausumme von 56,3 Mio. Euro. Die Kosten für das Lieblingskind der Bonner Grünen sind nur so explodiert:

	Drucksache	Baukosten
15.04.2015	1511323	56,3 Mio. Euro
02.05.2019	1911188ST2	117,4 Mio Euro
08.11.2022	222234	221,6 Mio. Euro

Seit Jahren recherchieren wir die laufenden Kosten und stellen als BBB-Fraktion regelmäßig bei der Stadtverwaltung entsprechende Anfragen. Die Veröffentlichung unserer letzten Kostenaufstellung entsprach weitgehend der Darstellung von Herrn Dr. Stephan Eisel, der sich seit Jahren ebenfalls kritisch mit dem Thema auseinandersetzt. Auch wir bleiben dran.

Bonn gegen Werbung für Bundeswehr

Nur der BBB stimmte gegen diesen Beschluss des Bonner Stadtrats (Drucksache 220330): "Die Verwaltung wird beauftragt: Jugendlichen die in Meldeangelegenheiten Kontakt mit der Verwaltung haben, aktiv darauf hinzuweisen, dass sie der Weitergabe von Daten an die Bundeswehr widersprechen können." Für den BBB ist die Bundeswehr ein wichtiger Pfeiler für die Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Landes. Er begrüßt zudem, dass die Bundeswehr mit 3.400 Soldaten und ca. 3.500 zivilen Mitarbeitern samt ihren Familien in Bonn präsent ist. Bemerkenswert: Auch die CDU-Stadtratsfraktion hat diesem von Links-Grün geschlossen unterstützten Antrag zugestimmt.

Links-Grün macht Ernst:

Autofahren soll unbequem und teuer werden

Links-Grün hat im Stadtrat mit der Umsetzung ihres autofeindlichen Parkkonzeptes begonnen, mit denen sie zahlreiche Wohngebiete für Autofahrer zu verbotenen Zonen machen wollen. Der erste Schritt erfolgte in der Bonner Nordstadt, einer rot-grünen Hochburg, wo man wenig Widerstand erwartete. Was heißt das für die rd. 5.100 Bewohner dieses Muster-Bereichs und was wartet auf die Bewohner der darauf folgenden Gebiete wie der Bonner Süd- und Weststadt und der Beueler Innenstadt?



1. Alle bislang nur für Anwohner ganz- oder halbtags reservierte Parkplätze werden gestrichen.
2. Mit 350 Stellplätzen wird in der Nordstadt jeder zehnte vorhandene Parkplatz trotz nachgewiesenem Parknotstand gestrichen, um ihn in Flächen für Außengastronomie, Carsharing-Fahrzeuge, E-Lade-Säulen und Stellplätze für E-Scooter und Fahrräder umzuwandeln.



Dieses „gekippete“ Parken halb auf dem Bürgersteig wird verboten.

3. Parkausweise für Anwohner kosten statt bisher 36 Euro seit dem 1. März 180 Euro, ein Jahr später dann 360 Euro/Jahr. Sie gewährleisten aber trotz der Verzehnfachung ihres Preises weiter keinen Stellplatz, sondern räumen nur eine Chance ein, nach oft langem Herumkurven mit entsprechender Luftverschmutzung vielleicht irgendwo im Quartier das Fahrzeug ohne Parkschein abstellen zu können.
4. Von 7:00 bis 22:00 Uhr müssen alle Besucher in den neuen Anwohner-Parkzonen an einem Parkautomaten mindestens 2 Euro pro Stunde zahlen.
5. Die kostenlose Kurzparkmöglichkeit für einen schnellen Einkauf binnen 15 Minuten ("Brötchentaste") wurde in allen bewirtschafteten Parkbereichen abgeschafft.
6. Über Nacht (22 bis 7 Uhr) haben Anwohner mit Parkausweis keinerlei Vorrechte mehr gegenüber Besuchern und Anwohnern ohne Parkausweis, die ihre Fahrzeuge dann überall kostenlos vor den Haustüren parken dürfen. "Reserviert für Anwohner" gibt es nicht mehr.

Durch Streichung von Parkplätzen und Verteuerung der Nutzung der verbleibenden Parkmöglichkeiten, mit 30 km/h - Tempolimits, möglichst über die ganze Stadt gezogen, durch Umwandlung von Autostraßen in Fahrradstraßen und Umweltschritte, die Fahrradfahrern Vorrechte bieten, will Links-Grün den Bonnern den Besitz ihres Pkw gründlich vermissen. Stattdessen will Links-Grün die Autofahrer mit Gewalt in den unzuverlässigen, oft verschmutzten, wenig komfortablen und überbeuerten Bonner Nahverkehr zwingen. Dabei würde es dem BBB reichen, wenn jeder Wähler von Links-Grün seinen PKW verkaufen und für sich so seine eigene „Verkehrswende“ verwirklichen würde.

Es war einmal:

Bonn "sauber und recht nett"

"In dieser Stadt, die einigermaßen sauber und recht nett ist", schrieb einst Francisco de Miranda (1750-1816) über seinen Besuch während einer Rheinreise in Bonn im Jahr 1788, "habe ich viele Leute bemerkt, die spazieren gingen, leidlich gut gekleidet, und kein Bettlerunwesen wie in Köln." Ein schönes Lob für die damalige Residenzstadt des Kölner Kurfürsten aus der Feder des Vorkämpfers für die Unabhängigkeit Lateinamerikas.

So ist es heute:

Obdachlose haben Kaiserplatz und ZOB fest im Griff

Ohne wirksame Gegenmaßnahmen von OB Katja Dörner und ihrem in Bonn nicht einmal wohnenden Ordnungs-Dezernenten Wolfgang Fuchs blieben die Beschwerden von Eltern aus der Südstadt wegen der Obdachlosen- und Drogenszene am Kaiserplatz. "Die Zustände sind unhaltbar geworden, sodass wir uns gezwungen sehen, das ganze Ausmaß des Problems in dieser Form der Öffentlichkeit und den verantwortlichen Amtsträgern der Stadt Bonn näher zu bringen", schrieben die Eltern. Innerhalb weniger Monate, so hatten die Eltern beobachtet, habe die Anzahl von Personen, die offensichtlich unter dem Einfluss harter Drogen und/oder Alkohol standen, drastisch zugenommen. "Diese Personen befinden sich oft in einem starken Rauschzustand, sind dadurch enthemmt, verstört, aggressiv und unberechenbar. Viele von uns haben mehrfach persönlich beängstigende Erfahrungen gemacht", klagen die Eltern. Die Mütter haben Angst, ihre Kinder durch die Unterführung zur Münsterschule auf der anderen Bahnseite zuschicken. Gipfel der Tatenlosigkeit



keit der Stadtverwaltung ist die Freigabe des wettergeschützten Versammlungsortes neben dem Haltepunkt des Flughafen-Busses. Hier werden jetzt die Besucher der Stadt gleich vom passenden Begrüßungs-Komitee empfangen. Auch für die Bonner Verkehrsbetriebe sind die Zustände am ZOB unerträglich. Obwohl OB Katja Dörner dort Vorsitzende des Aufsichtsrates ist, beschreibt die Geschäftsführung die aktuelle Situation im Bahnhofsumfeld schonungslos: "Problematisch ist nach wie vor die soziale und hygienische Situation aufgrund der sich im und am ZOB aufhaltenden Personengruppen sowie der Tauben- und Rattenpopulation." In Bonn werden tatsächlich Menschen verdrängt, allerdings nicht die Alkoholiker und Drogenkonsumenten. Verdrängt werden die anständigen Steuerzahler, die mit ihrer Arbeit die öffentliche Infrastruktur erst finanzieren und die ihre Mitmenschen nicht belästigen. Eine Umfrage der Stadtverwaltung ergab jüngst, dass die Bahnunterführung Poppelsdorfer Allee ein Angststraum wie kein Zweiter in der Stadt sei. Auf der Wiese um die Unterführung liegen überall Nadeln vom Drogenkonsum herum. Es sieht dreckig aus. Dabei ist der Bahnhof und der ZOB die Visitenkarte der Stadt. Der Antrag des BBB, eine Alkoholverbotzone zwischen Bahnhof und Kaiserplatz einzurichten, diese dann auch streng zu kontrollieren und bei Verstößen umgehend Platzverweise zu erteilen, wurde von der Mehrheit der Gutmenschen im Bonner Stadtrat, die vor allem fürchten, dass sich die Szene dann in die Nähe ihrer Wohnungen verlagern könnte, und von den einschlägigen Sozialverbänden empört abgelehnt. Dann hätten ihre Sozialarbeiter dort vielleicht nichts mehr zu tun. So müssen sich die Bonner Bürger in diese unerträglichen Mißstände weiter fügen.

So sieht es eine Bewohnerin:

Bonn verkommt immer mehr

"Ich (79 Jahre) schiebe fast täglich mein Fahrrad aus Richtung Poppelsdorfer Allee durch die Eisenbahnunterführung Richtung Kaiserplatz. Hier erlebe ich, seit Eröffnung des Kiosks in der Nähe des Bristol-Hotels, eine wachsende Menschenansammlung mit Bierflaschen in der Hand. Oftmals herrscht dort so eine Dichte von Menschen, dass ein Durchkommen fast unmöglich ist. Auch angespuckt wurde ich bereits. Für Touristen, die die Poppelsdorfer Allee auf ihrem Gang zum Botanischen Garten, Poppelsdorfer Schloss oder auch zur Südstadt mit den wunderbaren Fassaden nutzen, ist das ein abschreckender Empfang."

Ute Steuer-Winckler in ihrem Leserbrief im General-Anzeiger vom 01.12.2022

Grenzen der Belastbarkeit erreicht:

BBB um Rheinaue besorgt



So sah es nach der letzten Großveranstaltung aus.

Die Blumenwiese in der Rheinaue ist zum Ende der Open-Air-Saison ruiniert. Ihr Erholungswert geht gegen Null. Für den BBB müssen die Übernutzung des Parks durch Großveranstaltungen künftig eingeschränkt und deutlich schärfere Auflagen für deren Durchführung vorgegeben werden. Für die nächste Sitzung des Stadtrates hat der BBB daher einen umfangreichen Fragenkatalog an die für den Zustand verantwortliche OB Katja Dörner gestellt.

So geht es nicht weiter:

"Ich habe einen Spaziergang im Naherholungsgebiet Rheinaue gemacht. Da ich nicht mehr so mobil bin und mir auch keinen Urlaub in fernen Ländern leisten kann, ist dies für mich naheliegend. Ich war entsetzt darüber, dass schon wieder große Teile der Rheinaue mit hohen, schwarz verhangenen Zäunen abgetrennt wurden, die die Aussicht versperren. Die geschundene Wiese kann gar nicht dazu kommen, sich zu erholen, so oft wird die doch angeblich denkmalgeschützte Rheinaue zum Kirmesplatz... Wie kann es sein, dass große Teile eines vom Steuerzahler finanzierten Naherholungsgebiets immer und immer wieder der Öffentlichkeit entzogen und zur Gewinnmaximierung einiger Veranstaltungsbetreiber zweckentfremdet werden?"

Hans-Joachim König im Generalanzeiger vom 05. August 2023

Melodisch und stilvoll:

BBB-Sommerkonzert in der Redoute



Am 16. Juni 2023 hatte die BBB-Fraktion erstmals nach pandemiebedingter Pause wieder zu ihrem Jahresempfang mit klassischem Konzert geladen. Der Einladung ins würdige Ambiente der Redoute Bad Godesberg sind ca. 170 geladene Gäste bei herrlichem Sommerwetter gefolgt. Maria Geissler (Violine), Geoffrey Winter (Horn) und Ana Craciun (Klavier) vom Beethovenorchester Bonn haben die Zuhörer mit der "Frühlingssonate" und „Die Wut über den verlorenen Groschen" von Ludwig van Beethoven sowie der Grande-Sonate F-Dur von Ferdinand Ries begeistert. Das einladende Sommerwetter nutzte ein Großteil der Gäste, im Anschluss an das Konzert mit Vertretern der BBB-Fraktion ins Gespräch zu kommen.

OB sucht einen weiteren Propagandisten:

Rot-grüne "Verkehrswende" wird immer teurer

Schon in den beiden letzten Jahren wurde der bisherige Personalbestand für die rot-grüne "Verkehrswende" im Stadthaus um 10 Planer und Verwaltungsmitarbeiter im Planungs- und Tiefbauamt sowie in der Verkehrslenkung nebst mindestens sechs Kontrolleuren im Außendienst aufgebläht. Da der Widerstand in der Bevölkerung gegen dieses Projekt zunimmt, sucht OB Katja Dörner jetzt auch noch einen "Projektkommunikator". Er soll die rot-grünen Vorhaben auf dem Verkehrssektor propagandistisch unterstützen und absichern. Das Einstiegsgehalt liegt je nach Qualifikation laut Ausschreibung zwischen 3.600 und 4.000 Euro brutto im Monat. Die Stelle soll beim Tiefbauamt eingerichtet werden, offenbar um zu verschleiern, wie viel Personal auf dem Sektor Öffentlichkeitsarbeit für die OB insgesamt tätig ist. Denn schon 2021 wurde von Rot-Grün im Planungsamt eine Stelle für Öffentlichkeitsarbeit zusätzlich geschaffen. Der Bonner Stellenplan weist für das an sich zuständige Amt für Presse und Öffentlichkeit im Dezernat der OB schon 35 Mitarbeiter aus. Der CDU-Kollege von Katja Dörner in Münster, einer Stadt mit einer ähnlich hohen Einwohnerzahl, kommt aktuell mit 21 fest angestellten Mitarbeitern aus. Aber das reicht natürlich Bonns rot-grünem Verschwender-Clan nicht.



Fünfte Kolonne macht für Links-Grün mobil:

Altgenossen wurden "Verkehrswende-Experten"

Wenn es darum geht, die abstrusesten Verkehrs-Ideen von Links-Grün mit schriller Begleitmusik zu unterstützen, sind der Bonner ADFC und der Bonner VCD sofort dabei. Denn hier sind alte links-grüne Strippenzieher am Werk, die vorbehaltlos die Politik ihrer Mitstreiter im Bonner Stadtrat von außen lautstark unterstützen. Mit Gerd Billen und Bernhard Meier sind im Fahrradclub führend zwei ehemalige Stadtverordnete wieder aufgetaucht, die in den achtziger Jahren zu den Fundamentalisten in der damals extrem linken Grünen-Fraktion gehörten. Fachkundig und neutral ist anders. Das gilt auch für den weiteren lauten Beifallspender, den Zwerg-Autoclub VCD, der neben dem ADAC ein Fliegengewicht ist, was die Zahl der Mitglieder angeht. Er ist ebenfalls eine rot-grüne Gründung, deren Bonner Ableger von Reiner Bohnet, einem langjährigen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden vertreten wird. Da sich der im Vergleich zahlenmäßig übermächtige ADAC um Bonner Verkehrsthemen kaum kümmert, entsteht so in der Öffentlichkeit ein völlig verzerrtes Bild von der Zustimmung zur rot-grünen "Verkehrswende".

Jetzt kommen 43 Fahrradstraßen:

Die Hetzjagd auf Autofahrer geht weiter



So sollen in Bonn 43 Straßen für Fahrradfahrer reserviert werden

OB Katja Dörner will die von ihr geplante "Verkehrswende" in Bonn weiter beschleunigen. Nachdem sie schon 200 bis dahin niemanden störende Pkw-Parkplätze am Rheinufer beseitigt hat, werden im Stadtgebiet als nächstes weitere 43 Fahrradstraßen mit einer Länge von 21 Kilometern ausgewiesen werden. Dort wird dann überall eine 4,50 m breite Fahrgasse als Fahrradstraßen markiert. In den Fahrradstraßen ist das Kfz-Parken künftig nur noch in markierten Flächen möglich. Gehwege müssen mindestens 1,50 m breit sein, sonst wird das gekippte Parken auf ihnen verboten. Konsequenz: Zusätzlich werden mindestens 690 öffentliche Stellplätze für Anwohner an den Straßenrändern entfallen. In einem ersten Schritt haben Oberbürgermeisterin Dörner und die Grünen gemeinsam mit SPD und SED/Linkspartei gegen die Stimmen des BBB beschlossen, 33 Straßen als Fahrradstraßen nach diesem Standard neu einzurichten. Dies bedeutet, dass in den betroffenen Straßen Fahrradfahrern auf voller Straßenbreite absoluter Vorrang vor dem Fahrzeugverkehr eingeräumt wird und dafür 297 öffentliche Parkplätze ersatzlos gestrichen werden. Über die noch nicht im Rat beschlossenen restlichen Fahrradstraßen und die Beseitigung der dortigen Parkplätze entscheidet der Verkehrsausschuss. Die Anwohner der Fahrradstraßen und ihre Besucher werden künftig gezwungen sein, um die wenigen verbleibenden Parkplätze verstärkt zu konkurrieren und sie müssen auf benachbarte Straßen zu Lasten des dortigen Parkraums ausweichen.

Parkraumkonzept Nordstadt:

Kosten für Parkscheinautomaten verdoppelt

Die Ausschreibung für die ersten Parkscheinautomaten, die, beginnend mit der Nordstadt, für die rot-grünen Parkraumkonzepte neu beschafft werden müssen, hat zur Verdoppelung der angenommenen Kosten geführt. Vorgesehen waren im Haushalt 250.000 Euro, benötigt werden zusätzlich noch 200.000 Euro. Der BBB lehnte das Parkraumkonzept Nordstadt, das die Beseitigung von 350 bestehenden Parkplätzen vorsieht, ebenso wie die Erhöhung der Ausgaben für die dort geplanten Parkscheinautomaten im Rat ab.

Bürgerverdummung statt Bürgerbeteiligung:

Keine Infos mehr über Zahl gestrichener Parkplätze

Die betroffenen Anwohner in der West- und Südstadt zeigten sich wenig begeistert bei der Vorstellung der Planungen der Stadt für Anwohner-Parkzonen in ihren Quartieren. Denn die vorgelegten Untersuchungsergebnisse des damit beauftragten Ingenieurbüros, wer an den zwei Untersuchungstagen wo wie lange geparkt oder von wann bis wann sein Quartier verlassen hatte, erschienen den meisten als Beschäftigungstherapie für das untersuchende Büro. Aus den daraus gezogenen Konsequenzen, ein Parkraumkonzept wie in der Nordstadt einzuführen, konnten die Bewohner keine Verbesserung ihrer Situation und der schon heute prekären Parkverhältnisse erkennen. Sie kritisierten vielmehr, dass die Parkordnung der Zukunft das Gegenteil davon bewirken werde. Nach diesen für Links-Grün niederschmetternden Ergebnissen der Vorstellung der geplanten Anwohner-Parkzonen für die West- wie die Südstadt gab es im Gegensatz zur Nordstadt bis heute keine Informationen mehr, wo konkret Parkplätze vor den Haustüren gestrichen werden und um wie viele es sich unter dem Strich nach der Umsetzung des Konzeptes handeln wird. Dass sich die Zahl drastisch verringern wird, ist das ausgemachte Ziel von Rot-Grün. Man will aber die Katze nicht mehr vorzeitig aus dem Sack lassen und hofft, der Unmut der Anwohner werde verebzt sein, wenn man erst später nach Begehungen tatsächlich entscheidet, wo Parkplätze beseitigt werden und die Bürger damit schnell vor vollendete Tatsachen stellt. So geht Links-Grün auch bei Einrichtung der Fahrradstraßen vor. Bürgerversammlungen im Vorfeld wird es nicht geben. Denn der Ratsbeschluss von Links-Grün lautet wörtlich:

"Anwohner werden, wie gehabt, kurz vor Ausführung der Markierungsmaßnahmen per Briefsendung informiert und aufgeklärt."

Wie bei Links-Grün inzwischen Standard also: Statt frühzeitiger Bürgerbeteiligung überfallartiges Vorgehen, damit sich kein Widerstand artikulieren kann. Das ist die vor den Wahlen versprochene Bürgerbeteiligung der rot-grünen Machart, für den BBB ist dies Bürgerverdummung.